

Christian Waigel

# Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank

Gemessen am Kriterium demokratischer Legitimation



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	13
2. Methodik der Darstellung	17
3. Die Notenbank im Geflecht der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger	19
3.1. Die wirtschaftspolitischen Ziele /Das magische Viereck	19
3.2. Geldwertstabilität als Grundziel	20
3.2.1 Die historische Erfahrung	21
3.2.2. Bedeutung der Geldfunktionen für die anderen Ziele	22
3.3 Die währungspolitischen Maßnahmen	25
3.4 Die lediglich indirekte Wirkung auf das Endziel der Preisniveaustabilität	30
3.5 Der Wandel der Zeit	34
3.6 Die Schwierigkeit einer unpopulären Stabilitätspolitik im Prozeß der politischen Meinungsbildung	36
3.7 Unabhängigkeit aus Furcht vor Stabilitätsverlust durch andere Nationen	41
3.8. Erfahrungen mit unabhängigen Notenbanken	45
4. Das Demokratiegebot, Art. 20 Abs. 1 GG	53
5. Das Volk als Souverän	57
5.1 Regierung durch Volksentscheid	57
5.2 Das Rätemodell als Alternative	59
5.3 Notwendigkeit der Repräsentation	60
5.4 Die Funktion der Volkssouveränität: Legitimation staatlicher Autorität	65
5.5 Das Menschenbild des autonomen Individuums als Grundlage	67

5.5.1	Materielle Legitimation von Staatsautorität	69
5.5.2	Formale Legitimation von Staatsautorität	70
5.6	Zwischenergebnis: Der verantwortliche Staat	84
5.7	Zweifel an den Grundlagen	86
5.8	Personell demokratische Legitimation staatlichen Handelns	91
5.9	Inhaltlich demokratische Legitimation staatlichen Handelns	93
5.10	Stimmen der Literatur	105
6.	Zwischenergebnis	111
6.1	Kritik	113
6.2	Die Stellung des Bundespräsidenten als Gegenbeispiel?	114
6.3	Der Widerspruch zwischen Kontrollnotwendigkeit und Repräsentation	116
7.	Das parlamentarische Prinzip	123
7.1	Der Weg zum Parlamentarismus	123
7.2	Das parlamentarische Regierungssystem	124
7.3	Herleitung aus den einzelnen Bestimmungen des Grundgesetzes	126
7.4	Keine ausdrückliche Nennung im Grundgesetz	131
7.5	Die parlamentarische Kontrolle	133
7.5.1.	Kontrollmaßstab	148
7.5.2	Kontrolle durch das gesamte Parlament	150
7.5.3	Verantwortlichkeit der Regierung	153
7.6	Die Verwirklichung der Volkssouveränität im parlamentarischen System des Grundgesetzes	159
8.	Verletzung des parlamentarischen Prinzips durch unabhängige Verwaltungsträger	163
8.1	Die Umgehung der Minderheitenrechte	166

9.	Die Europäische Zentralbank	169
9.1	Verfassungsrang der Unabhängigkeit durch Art. 88 Satz 2 GG	171
9.2	Politische Zementierung durch die Verträge von Maastricht	172
9.3	Ausschaltung der parlamentarischen Einflußnahme	179
10.	Exkurs: Die Stellung der Deutschen Bundesbank	185
10.1	Die Regelung des Art. 88 Satz 1 GG	185
10.2	Rechtsprechung zur Stellung der Bundesbank	190
10.3	Neubewertung durch die Einfügung von Art. 88 Satz 2 GG?	194
10.4	Suprematie des Bundestags durch die Möglichkeit der Gesetzesänderung	195
11.	Das Legitimitätsdefizit einer unabhängigen Europäischen Zentralbank	199
12.	Der Gewaltenteilungsgrundsatz	205
13.	Die Bindung an Recht und Gesetz	213
14.	Beinhaltet Art. 88 Satz 2 GG verfassungswidriges Verfassungsrecht?	215
14.1	Die durch Art. 88 Satz 2 GG berührten Grundsätze des Art. 79 Abs. 3 GG	219
14.2	Besonderheiten bei der Übertragung von Kompetenzen auf supranationale Organisationen	220
14.3	Spuren in der Rechtsprechung	224
14.4	Vom Problem der Grundsätze oder der Bedeutung eines Prinzips	232
14.5	Die »Maastricht-Entscheidung« des Bundesverfassungs- gerichts	234

15. Lösungsversuche	245
15.1 Parlamentarische Kontrolle durch unabhängige Verwaltungsträger?	246
15.2 Notwendigkeit »juristischer-sanktionsrechtlicher« Verantwortlichkeit?	248
15.2.1 Die öffentliche Meinung als Kontrollsurrogat?	248
15.2.2 Einflüsse anderer Stellen als Kontrollsurrogat?	252
15.3 Institutionelle Legitimation durch den Verfassungs- gesetzgeber	254
15.4 Praktische Konkordanz kollidierender Prinzipien	260
15.4.1 Eine verfassungsrechtliche Gesamtschau	261
15.4.2 Aus Art. 14 Abs. 1, bzw. 109 Abs. 2 GG abgeleitete Wertgarantie des Geldes	262
15.4.3 Das Gebot der Verhältnismäßigkeit	265
15.5 Weitere »verselbständigte« Verwaltungsbereiche	269
15.5.1 Sonderstellung einzelner Verwaltungsträger	269
15.5.2 Art. 112 GG, Sonderstellung des Bundesministers der Finanzen	272
15.5.3 Art. 113 GG, Sonderstellung der Bundesregierung	273
15.6 Selbstverzicht des Parlaments	273
16. Ergebnis	281
17. Schlußfolgerungen	285
17.1 Totalrevision des Grundgesetzes	285
17.2 Herstellung der Legitimität	286
18. Thesen zur Arbeit	289
Literaturverzeichnis	293